

V-13 B Rechtsruck stoppen – Zivilgesellschaft stärken!

Gremium: Bundesmitgliederversammlung
Beschlussdatum: 03.11.2019
Tagesordnungspunkt: V – Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) ist in
2 Deutschland an vielen Stellen für die Finanzierung von zivilgesellschaftlichen
3 Organisationen zuständig. Organisationen, die unschätzbar wichtige Arbeit für
4 die Gesellschaft leisten, aber nicht allein überleben können, werden hier
5 gefördert.

6 Vor kurzem haben das BMFSFJ und das Finanzministerium nun entschieden, in der
7 kommenden Förderperiode die Mittel zu kürzen, die Förderstruktur zu verändern
8 und insgesamt deutlich weniger Organisationen zu unterstützen. Damit ziehen die
9 Ministerien vielen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen den Boden unter den
10 Füßen weg – ein offener Schlag ins Gesicht von Exit, Amadeu Antonio Stiftung und
11 vielen Weiteren. Angesichts des massiven Rechtsrucks ist das auch eine
12 unverantwortliche Sabotage von und Ignoranz gegenüber allen, die sich aktiv
13 gegen Nazis einsetzen, und Personen, die von rechter Gewalt betroffen sind.

14 Organisationen, die seit Jahren Nazis den Ausstieg aus der Szene ermöglichen.
15 Organisationen, die präventiv mit vielen Jugendlichen arbeiten, um ihnen das
16 Erkennen von nationalistischen und rassistischen Argumentationen zu ermöglichen
17 sowie das Abrutschen in Nazi-Strukturen zu verhindern. Organisationen, die
18 messerscharfe wissenschaftliche Analysen zur Entwicklung von Nationalismus,
19 Rassismus und Antisemitismus in Deutschland erstellen. Kurzum – Der Staat hat
20 bisher diese zentralen Aufgaben, vor allem über das „Demokratie leben“-Projekt,
21 an zivilgesellschaftliche Organisationen ausgelagert und weigert sich nun, die
22 Erfüllung dieser übernommenen Aufgaben angemessen zu finanzieren.

23 Die ersten Folgen davon sind bereits sichtbar. So berichtet die
24 Aussteiger*innen-Hilfe *Exit*, dass sie die bereits betreuten Personen noch
25 „abwickeln“ könne, diese durch das abrupte Ende der Förderung aber völlig allein
26 gelassen werden und dadurch in Gefahr geraten.

27 Zwar hat das BMFSFJ nach einem heftigen Aufschrei jetzt vorerst zugesagt, die
28 betroffenen Organisationen zumindest im nächsten Jahr weiter zu finanzieren. Was

29 danach kommt, ist allerdings völlig unklar. Deswegen bedarf es jetzt einer
30 grundlegenden strategischen Neuausrichtung, anstatt die alten Fehler zu
31 wiederholen. Denn das Festhalten des BMFSFJ an der neuen Förderstruktur ist
32 wesentlich daran Schuld, dass viele Organisationen leer ausgehen sollten. Die
33 Beschränkung auf 100 Modellprojekte und 14 Kompetenzzentren hat zu einem Rückzug
34 aus der Fläche geführt. Es wurden unnötig Mittel verschwendet, dadurch, dass
35 zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander konkurrieren mussten. Außerdem
36 hat die Modellprojekt-Struktur dazu geführt, dass sich erfolgreiche Projekte in
37 der aktuellen Form nicht einfach wieder bewerben konnten, sondern neue und
38 andere Wege gehen mussten, um weiterhin förderfähig zu sein – völlig absurd bei
39 gut funktionierenden Projekten. Ebenso kritisieren wir die völlig willkürliche
40 Vermischung von Prävention und Deradikalisierung scharf. Von vormals in der
41 präventiven Jugendarbeit tätigen Organisationen zu verlangen, nun auf einmal mit
42 Aussteiger*innen zu arbeiten, die Jahrzehnte in der Nazi-Szene aktiv waren,
43 gefährdet die Prävention massiv und reißt jahrelange Aufbauarbeit ein.

44 Deshalb fordern wir:

- 45 • Das BMFSFJ muss jetzt sofort gegensteuern, bevor es zu spät ist. Eine
46 umfassende Aufstockung der Mittel ist dringend erforderlich. Im zweiten
47 Schritt bedarf es einer problemorientierten Verteilung dieser Mittel.
48 Projekte, die direkt mit Aussteiger*innen arbeiten, sind hier an die erste
49 Stelle zu setzen.
- 50 • Erfolgreiche Projekte, entweder der Deradikalisierung oder der
51 Präventionsarbeit, dürfen durch ein Fördermodell nicht gezwungen werden,
52 an den fundamentalen Stützen ihres eigenen Erfolges zu sägen, indem sie
53 sich für die erneute Beantragung von Fördermitteln unnötig neue Konzepte
54 ausarbeiten müssen.
- 55 • Alle Bundestagsabgeordneten müssen sich dringend für eine Aufstockung und
56 Neuverteilung der Mittel einsetzen. Sollte die Verteilung der „Demokratie
57 leben“-Mittel entgegen der Ankündigung des Ministeriums entlang des
58 ursprünglichen Vorschlags bestehen bleiben, fordern wir die
59 Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, auch aufgrund
60 dieses Punktes gegen den Bundeshaushalt 2020 zu stimmen.
- 61 • Die Bundesländer müssen, sollte die Finanzierung durch den Bundeshaushalt
62 nicht sichergestellt werden, die Finanzierungslücken durch ihre
63 Landeshaushalte auffangen, um so zumindest die schwerwiegendsten Folgen
64 etwas abzuschwächen.
- 65 • Sowohl für Deradikalisierungsarbeit als auch für Präventionsarbeit müssen
66 genügend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Diese Bereiche dürfen nicht
67 miteinander vermischt, vor allem aber nicht gegeneinander ausgespielt

68 werden.

69 Im kommenden Jahr werden wir deshalb auch nach Bündnispartner*innen suchen, um
70 gemeinsam für die Verankerung einer dauerhaft auskömmlichen Finanzierung zu
71 streiten.

Begründung

erfolgt mündlich.